

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
parlament.so.ch

Medienmitteilung

SOGEKO – Ja zu Gemeindefusion, Nein zu Vorstössen

Solothurn, 16. Mai 2013 - Die kantonsrätliche Sozial- und Gesundheitskommission (SOGEKO) hat an ihrer konstituierenden Sitzung Albert Studer (SVP, Hägendorf) zum Präsidenten für die Amtsperiode 2013-2017 gewählt. Die Vizepräsidenten haben wiederum Evelyn Borer (SP, Dornach) und Susan von Sury-Thomas (CVP, Solothurn) inne. Die Kommission hat die Vorstösse "Keine Prämienverbilligung für Gutverdiener" und "Einkommens- und vermögensabhängiger Patientenbeitrag für die ambulante Pflege" abgelehnt. Gemeindefusionen fanden hingegen Zustimmung.

Ein Auftrag der Fraktion FDP.Die Liberalen verlangt, dass Gutverdiener keine Krankenkassenprämienverbilligung erhalten sollen. Anspruch auf Prämienverbilligung hat heute, wer über ein massgebendes Einkommen von nicht mehr als 84'000 Franken verfügt. Für die Prüfung der eingereichten Gesuche ist die Ausgleichskasse zuständig. Für ihre Berechnungen kann sie aber nur die Zahlen der Steuerveranlagung bezüglich des vorletzten Jahres heranziehen. Dies kann im Einzelfall zu störenden Ergebnissen führen. Der Regierungsrat hat diese Problematik erkannt. Um stossende Subventionsgewährung zu verhindern, besteht bereits heute ein Korrektiv. Aufgrund fehlender personeller Ressourcen kann eine Überprüfung der Gesuchsteller aber nur stichprobenweise vorgenommen werden. Da eine vertiefte Anspruchsprüfung in keinem

vertretbaren Verhältnis zu den eingesparten Mitteln stehen würde, beantragt der Regierungsrat, den Auftrag abzulehnen. Das Antragsformular für die Prämienverbilligung wird aber mit einer weiteren Frage zur Selbstdeklaration ergänzt. Die Antragstellenden sollen künftig angeben, ob sich die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit seit der letzten Steuerveranlagung wesentlich verändert hat. Die Kommission heisst dieses Vorgehen gut und stimmt dem Antrag des Regierungsrats zu.

Der Auftrag von Trudy Küttel Zimmerli (SP, Olten) fordert eine Prüfung, wie die Höhe der Patientenbeteiligung bei der ambulanten Pflege einkommens- und vermögensabhängig gestaltet werden kann. Finanzielle Belastungen können dazu führen, dass ambulante Pflegedienstleistungen nicht in Anspruch genommen werden. Die Kommission folgt dem Antrag des Regierungsrats und lehnt die Forderung ab. Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen haben Anspruch auf Ergänzungsleistungen und somit auch Anspruch auf die Übernahme von Krankheits- und Behinderungskosten. Für Menschen in sozialer Notlage wird die Patientenbeteiligung von der Sozialhilfe übernommen. Auch hier stünde der administrative Aufwand zur Erfüllung der Forderung der Auftraggeberin in keinem Verhältnis zur angestrebten Wirkung.

Zugestimmt hat die Sozial- und Gesundheitskommission der Aufspaltung der Einheitsgemeinde Mühledorf in eine Bürgergemeinde und eine Einwohnergemeinde und der Vereinigung der Einwohnergemeinden Aetigkofen, Aetingen, Bibern, Brügglen, Gosswil, Hessigkofen, Küttigkofen, Mühledorf, Tschoppach und der Einheitsgemeinde Kyburg-Buchegg.

Ferner hat die SOGEKO den Geschäftsbericht 2012 sowie den Integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2014-2017 behandelt und zur Kenntnis genommen.